



DER DEUTSCHLANDFONDS

SPD will Arbeitnehmer am Kapital beteiligen.



„Die SPD legt das bislang umfassendste und visionärste Konzept zur Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern vor“, so das Magazin Stern in seiner Ausgabe vom 28.6.2007. „Werkstatt Bundestag“ stellt das Konzept vor.

Der Hintergrund

Nur wenige Arbeitnehmer sind in Deutschland an ihren Unternehmen beteiligt. So bieten lediglich 19 Prozent der Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten hier zu Lande eine Erfolgsbeteiligung. In Frankreich sind es 82 Prozent. Hauptgrund für die geringe Verbreitung von Mitarbeiterbeteiligungen ist nicht eine mangelnde öffentliche Förderung, sondern der große Verwaltungsaufwand, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Während etwa bei einer an der Börse gehandelten Aktiengesellschaft leicht Belegschaftsaktien ausgegeben werden können, deren Wert an der Börse ermittelt werden kann und die dort einfach verkauft werden können, ist dies für mittelständische Unternehmen nicht möglich. Eine Mitarbeiterbeteiligung ist für eine GmbH oder eine Personengesellschaft heute nur sehr schwer und mit großem finanziellen und organisatorischen Aufwand zu verwirklichen. Anteile an einem solchen Unternehmen können, z. B. beim Wechsel des Arbeitgebers, nicht einfach verkauft werden – es fehlt ein Markt dafür. Auch der Wert einer Beteiligung ist nur mit großem Aufwand festzustellen. Gleiches gilt für die Berechnung der Gewinne. Und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer droht bei Insolvenz des eigenen Unternehmens nicht nur der Verlust des Arbeitsplatzes – sondern auch die Kapitalanlage wäre unwiederbringlich verloren.

Die Lösung: Der Deutschlandfonds

Zur Lösung dieser Probleme schlägt die SPD einen Deutschlandfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Der Deutschlandfonds steht allen Unternehmen in Deutschland offen, die ihren in Deutschland tätigen Mitarbeitern zusätzlich zum Tariflohn eine freiwillige Beteiligung ermöglichen wollen. Der Fonds wird professionell gemanagt. Er ist ein weiteres Angebot an Unternehmer und Unternehmen, um den Aufbau von Vermögen in Arbeitnehmerhand zu fördern. Die bisherigen Möglichkeiten zur Mitarbeiterbeteiligung bleiben alle bestehen.

So funktioniert der Deutschlandfonds:

Mitarbeiter, Unternehmen und Fonds vereinbaren ein Dreiecksgeschäft:

- › Ein Unternehmen ermöglicht es, seinen Arbeitnehmern, Fondsanteile zu kaufen. Dies fördert der Staat – wie bisher bei Vermögensbildung auch - bis 400 Euro im Jahr mit einer Arbeitnehmer-Sparzulage von 20 Prozent (bisher 18 Prozent). Die Einkommensgrenzen für diese Förderung werden auf 20.000 Euro für Ledige (derzeit 17.900 Euro) bzw. 40.000 Euro (derzeit 35.800 Euro) für Verheiratete angehoben.
- › Damit hätte mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer Anspruch auf die staatliche Förderung. Betriebe können ihren Mitarbeitern darüber hinaus Fondsanteile im Wert von max. 240 Euro (bisher 135 Euro) pro Jahr steuerfrei überlassen. Die Einlagen der Arbeitnehmer sind aber nicht auf diese Höchstfördersummen begrenzt. Sie können darüber hinaus weitere Anteile erwerben.
- › Der Deutschlandfonds stellt den Unternehmen die Einlagen ihrer Mitarbeiter als Beteiligungskapital zur Verfügung. Das stärkt die Finanzkraft der Unternehmen. Für dieses Beteiligungskapital zahlen die Unternehmen wiederum Zinsen, etc. an den Fonds.
- › Über den Fonds fließen Gewinne, Zinsen und Tilgungen an die Beschäftigten zurück.



Die Vorteile des Deutschlandfonds

Der Deutschlandfonds ist unbürokratisch und leicht verständlich. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden über den Fonds mit ihrem Unternehmen verbunden und haben Anteil an dessen wirtschaftlichen Erfolg. Gleichzeitig wird durch den Fonds das Risiko verringert, die gesamte Anlage bei Insolvenz des Arbeitgebers zu verlieren, da das Risiko breit gestreut ist. Wenn beispielsweise bei 200 beteiligten Unternehmen zwei in Konkurs gehen, ist das verkraftbar. Die Arbeitnehmer erhalten ihre Anteile am Ende der festgelegten Laufzeit zurück und können sie auch wieder neu anlegen. Das Management des Fonds kann zusätzliche Möglichkeiten zur Auszahlung schaffen.

Den Unternehmen wird die Einrichtung einer Mitarbeiterbeteiligung durch niedrige Verwaltungskosten und eine einfache Handhabung erleichtert. Durch die Beteiligung am Betrieb werden die Mitarbeiter motiviert. Gleichzeitig bleibt der Anlagebetrag dem Unternehmen erhalten – er kann für Investition verwendet werden und erhöht ggf. die Kreditlinie.

Wie es weitergeht

Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck hatte Ende 2006 vorgeschlagen, das Thema Mitarbeiterbeteiligung auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Olaf Scholz hat daraufhin das Konzept erarbeitet. An der Arbeitsgruppe waren auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt.

In den nächsten Monaten wird die Große Koalition nun über Möglichkeiten sprechen, mehr Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird ihr Konzept in diese Gespräche einbringen und für den Deutschlandfonds werben.

Mit dem Deutschlandfonds gibt es endlich eine Lösung für die bisherigen Probleme mittelständischer Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beteiligung anbieten wollen. Unbürokratisch und kostengünstig.

„Werkstatt Bundestag“ berichtet über laufende Entscheidungsprozesse.
Bearbeitungsstand dieser Veröffentlichung ist der 16.07.2007.

Impressum | Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gesamtherstellung: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit
Fotos: © bilderbox.com

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.